

Aufnahmebedingungen

Passivmitglieder

Art. 7 Passivmitglieder

Personen, Firmen und Organisationen, welche durch ihre Tätigkeit oder ihre Ziele in engem Zusammenhang mit der Reisebranche stehen, können vom Vorstand als Passivmitglieder aufgenommen werden.

Aufnahme

Art. 8 Aufnahme

- 8.1 Gesuche um Aufnahme als Passivmitglied sind an die Geschäftsstelle zu richten, welche im Falle eines Aufnahmegesuches als Aktivmitglied die Aufnahmegesuche dem Vorstand zum Entscheid unterbreitet.
- 8.2 Aufnahmegesuche sind allen Mitgliedern schriftlich zur Kenntnis zu bringen. Jedes Mitglied hat innert 30 Tagen ab Versand des Rundschreibens das Recht, gegen die Aufnahme eines neuen Mitgliedes Einsprache zu erheben.
- 8.3 In besonderen Fällen kann der Vorstand ein Gesuch der nächsten Generalversammlung zum Entscheid unterbreiten.
- 8.4 Der Vorstand eröffnet dem Gesuchsteller seinen Entscheid, der sowohl gegenüber dem Gesuchsteller als auch gegenüber Mitgliedern, die Einsprache erhoben haben, nicht begründet werden muss.

Erlöschen der Mitgliedschaft

Art. 9 Erlöschen der Mitgliedschaft

- 9.1 Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Auflösung der Firma oder Konkurs sowie im Falle eines Verlustes der Mitgliedschaft bei der Stiftung "Gesetzlicher Garantiefonds der Schweizer Reisebranche" oder einem Austritt aus dem Garantiefonds ohne genügende andere Absicherung im Sinne des Pauschalreisegesetzes.
- 9.2 Ein Verkauf oder die Änderung in den Eigentumsverhältnissen eines bestehenden Mitgliedes muss der Geschäftsstelle innert 30 Tagen nach erfolgter Änderung gemeldet werden. Der Vorstand prüft, ob die Bedingungen gemäss Art. 6.1 noch erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, so erlischt die Mitgliedschaft rückwirkend auf den Zeitpunkt der Änderung.

Austritt und Ausschluss

Art. 10 Austritt

Austrittserklärungen müssen der Geschäftsstelle bis spätestens 31. März schriftlich eingereicht werden; der Austritt wird auf das Ende des laufenden Geschäftsjahres rechtswirksam.

Art. 11 Ausschluss

- 11.1 Der Ausschluss eines Mitgliedes kann vom Vorstand nur mit zwei Dritteln der Stimmen sämtlicher Vorstandsmitglieder beschlossen werden; er erfolgt insbesondere wegen:
- 11.1.1 unseriöser Geschäftsführung;
 - 11.1.2 Vergehen gegen die Interessen des Gewerbes oder des Verbandes;
 - 11.1.3 Nichtbeachtung der Statuten oder Missachtung des Leitbildes;
 - 11.1.4 Nichtbezahlung der Jahresbeiträge (vgl. Art. 31);
 - 11.1.5 Zuwiderhandeln gegen Punkt 6.1.3. (Vorgängig hat eine schriftliche Ermahnung durch die SRV-Geschäftsstelle zu erfolgen).
- 11.2 Der Ausgeschlossene kann innert 30 Tagen nach Erhalt des begründeten Vorstandsbeschlusses zuhanden der nächsten Generalversammlung Berufung gegen diesen Beschluss einlegen. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung.

Verlust von Vermögensansprüchen

Art. 12 Verlust von Vermögensansprüchen

Mitgliedern, deren Mitgliedschaft erlischt, die austreten oder ausgeschlossen werden, sowie den Erben verstorbener Mitglieder steht kein Anspruch auf das Vermögen des Verbandes zu.